

Entwurf

Gesetz vom über die Regelung des Fischereiwesens im Burgenland (Burgenländisches Fischereigesetz 2022 - Bgld. FischG 2022)

Der Landtag hat beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Ziele
- § 2 Geltungsbereich
- § 3 Begriffsbestimmungen
- § 4 Fischereirecht
- § 5 Fischereireviere
- § 6 Eigenreviere
- § 7 Pachtreviere
- § 8 Verpachtung von Fischereirevieren
- § 9 Versteigerungen
- § 10 Freie Vergabe
- § 11 Aufhebung und Erlöschen von Verpachtungen
- § 12 Angelteiche
- § 13 Fischereigebiete
- § 14 Fischereikataster
- § 15 Fischereigebietsvertretung
- § 16 Ordnungsgemäße Bewirtschaftung
- § 17 Besatz
- § 18 Fischereischutz
- § 19 Bestellung und Widerruf von Fischereischutzorganen
- § 20 Rechtsstellung und Befugnisse der Fischereischutzorgane
- § 21 Inanspruchnahme von fremden Grundstücken
- § 22 Fischfolge
- § 23 Schutz des Fischbestandes
- § 24 Schutz der Wassertiere vor wildlebenden Tieren
- § 25 Fischereikarte
- § 26 Jahresfischereikarte
- § 27 Fischereigastkarte
- § 28 Verhinderungs- und Entziehungsgründe
- § 29 Fischereiliche Eignung
- § 30 Prüfung über fischereiliche Eignung
- § 31 Fischereikartenabgabe
- § 32 Schonzeiten
- § 33 Fischereiliche Verbote und waidgerechte Fischereiausübung
- § 34 Behörden und Verfahren
- § 35 Mitwirkung von Organen
- § 36 Landesfischereibeirat
- § 37 Strafbestimmungen
- § 38 Übergangsbestimmungen
- § 39 Inkrafttretensbestimmung, Außerkrafttretensbestimmung

§ 1

Ziele

Ziele dieses Gesetzes sind:

1. der Schutz bedrohter und gefährdeter heimischer Wassertiere;
2. die nachhaltige und ordnungsgemäße fischereirechtliche Nutzung der Fischwässer;
3. einen der Beschaffenheit der jeweiligen Gewässer entsprechenden artenreichen und gesunden Bestand an Wassertieren zu erhalten, erforderlichenfalls wiederherzustellen oder zu schaffen, sofern dies zumutbar ist.

§ 2

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz findet auf alle Fischwässer (§ 3 Abs. 3) und auf alle Wassertiere (§ 3 Abs. 1) Anwendung.

(2) Keine Anwendung findet dieses Gesetz auf Fischwässer, die der landwirtschaftlich tierischen oder tierzüchterischen Produktion von Besatz- oder Speisefischen dienen und auf Wassertiere im Rahmen dieser Produktion. Wird im Rahmen dieser Produktion auch die Fischerei durch Dritte ausgeübt, gelten die Bestimmungen der §§ 18 und 25.

(3) Bestehen Zweifel, ob eine landwirtschaftlich tierische oder tierzüchterische Produktion von Besatz- oder Speisefischen oder ein Fischwasser im Sinne dieses Gesetzes vorliegt, hat die Bezirksverwaltungsbehörde darüber mit Bescheid zu entscheiden.

§ 3

Begriffsbestimmungen

(1) Wassertiere sind Fische (Pisces), Neunaugen (Petromyzontidae), Krustentiere (Crustacea), Muscheln (Bivalvia) und Fischnährtiere.

(2) Fischerei ist der Fang, die Hege, die Aneignung von Wassertieren.

(3) Fischwässer sind natürliche oder künstliche Gerinne oder Wasseransammlungen. Dazu zählen auch Angelteiche, Altarme oder Ausstände.

(4) Angelteiche sind künstliche Wasseransammlungen, in denen Wassertiere gehalten werden, die der Entnahme im Wege der Angelfischerei dienen. Nicht als Angelteiche gelten künstlich angelegte, kleinflächige Wasseransammlungen wie Zierteiche oder Biotope, die vorwiegend der gärtnerischen Gestaltung dienen.

(5) Altarme sind durch Schutz- oder Regulierungsbauten oder durch Anlandung von einem natürlich fließenden oder stehenden Gewässer abgetrennte Wasseransammlungen, die mit dem ursprünglich fließenden Gewässer ständig oberirdisch verbunden sind.

(6) Ausstände sind eine durch Schutz- oder Regulierungsbauten oder durch Anlandung von einem natürlichen fließenden oder stehenden Gewässer abgetrennte Wasseransammlungen, die mit dem ursprünglichen Gewässer nicht mehr oder nur zeitweilig oberirdisch verbunden sind.

(7) Schonzeiten sind jene Zeiträume, in denen der absichtliche Fang von Wassertieren verboten ist.

(8) Brittelmaße sind Mindestgrößen von Wassertieren.

(9) Die oder der Fischereiberechtigte ist jene Person oder Personenmehrheit, der das Fischereirecht zusteht, ohne Rücksicht darauf, ob diese Person oder Personenmehrheit die Fischerei ausüben darf.

(10) Die oder der Fischereiausübungsberechtigte ist jene Person oder Personenmehrheit, die zur Ausübung der Fischerei auf Grund eines Fischereirechts oder auf Grund einer Vereinbarung mit der oder dem Fischereiberechtigten zur Ausübung der Fischerei an einem Fischwasser berechtigt ist.

(11) Die Lizenznehmerin oder der Lizenznehmer ist eine Person, die oder der die Fischerei auf Grund einer Erlaubnis des oder der Fischereiausübungsberechtigten ausübt.

(12) Fischereigesellschaften sind Personenmehrheiten, die unter einheitlicher Leitung die Fischerei ausüben.

§ 4

Fischereirecht

(1) Das Fischereirecht ist die im Privatrecht begründete ausschließliche Befugnis, in jenem Gewässer, auf das es sich räumlich bezieht (Fischwasser), Wassertiere zu hegen, zu fangen und sich anzueignen sowie deren Fang und Aneignung durch Dritte zu gestatten.

(2) Das Fischereirecht ist ein selbstständiges, nicht notwendig mit dem Eigentum an einem Grundstück verbundenes dingliches Recht, welches nach den allgemeinen zivilrechtlichen Bestimmungen erworben und übertragen wird. Streitigkeiten über Besitz und Erwerb des Fischereirechts entscheiden die ordentlichen Gerichte.

(3) Besteht an einem natürlichen oder künstlichen Gerinne oder einer natürlichen und künstlichen Wasseransammlung kein Fischereirecht eines Dritten oder kann dieses nicht nachgewiesen werden, so steht das Fischereirecht dem Eigentümer des Gewässerbettes, bei Gewässern, deren Bett öffentliches Gut ist, dem Land Burgenland zu.

(4) Fischereirechte dürfen ohne Bewilligung der Landesregierung nicht geteilt werden. Die Bewilligung ist zu erteilen, wenn die Teilung ohne Beeinträchtigung der Fischerei möglich ist.

(5) Jeder Erwerb von Fischereirechten ist vom neuen Berechtigten innerhalb eines Monats nach dem Erwerb der Bezirksverwaltungsbehörde schriftlich unter Anschluss der erforderlichen Nachweise anzuzeigen.

§ 5

Fischereireviere

(1) Die Landesregierung hat Fischwässer nach Anhörung der Fischereiberechtigten in Eigenreviere und Pachtreviere mit Bescheid einzuteilen.

(2) Eigenreviere sind Fischwässer, für die ein Fischereirecht einer oder mehreren Personen ungeteilt zusteht und die den Erfordernissen des Abs. 4 entsprechen.

(3) Fischwässer, die nicht zu Eigenrevieren erklärt wurden, sind Pachtreviere.

(4) Die Revierenteilung hat derart zu erfolgen, dass jedes Revier eine ununterbrochene Wasserstrecke oder zusammenhängende Wasserfläche samt den allfälligen Altwässern und Ausständen umfasst. Dabei sind die Beschaffenheit des Fischwassers und der Fischbestand so zu berücksichtigen, dass eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung gemäß § 16 und eine waidgerechte Fischereiausübung gemäß § 33 Abs. 2 des jeweiligen Reviers möglich sind.

(5) Die Revierbildung kann für Fischwässer unterbleiben, die nach ihrer ständigen Beschaffenheit für keinen Zweig der Fischerei von Belang sind.

(6) Angelteiche sind nicht in Fischereireviere einzuteilen.

§ 6

Eigenreviere

(1) Die Landesregierung hat auf Antrag der oder des Fischereiberechtigten Fischwässer als Eigenreviere anzuerkennen, wenn

1. sie den Erfordernissen des § 5 Abs. 4 entsprechen und
2. für sie ein Fischereirecht einer oder mehreren Personen ungeteilt zusteht.

(2) Der Antrag auf Anerkennung als Eigenrevier hat zu enthalten:

1. die Namen und Grenzen der Gewässerstrecken sowie der damit verbundenen Altarme und Ausstände oder der Wasseransammlung, die das Eigenrevier umfassen soll,
2. eine maßstabgerechte Planskizze des Eigenreviers,
3. Angaben über die besonderen Erfordernisse des § 5 Abs. 4,
4. Nachweis des Fischereirechts.

(3) Die Landesregierung hat auf Antrag der oder des Fischereiberechtigten ein Eigenrevier und mehrere Eigenreviere zu teilen oder mehrere Eigenreviere zu mehreren Eigenrevieren zusammenzufassen, wenn die neu festzulegenden Eigenreviere jeweils die Voraussetzungen nach Abs. 1 erfüllen. Sind die Voraussetzungen des § 5 Abs. 4 nicht mehr gegeben, hat die Landesregierung von Amts wegen das Eigenrevier einem Pachtrevier anzuschließen oder ein eigenes Pachtrevier zu bilden.

§ 7

Pachtrevier

(1) Fischwässer, die nicht als Eigenreviere anerkannt werden, sind zu Pachtrevieren zusammenzuführen, die den Erfordernissen des § 5 Abs. 4 entsprechen.

(2) Die Landesregierung hat die Reviereinteilung abzuändern, wenn die Voraussetzungen des § 5 Abs. 4 nicht mehr vorliegen. Die Neueinteilung hat dann unter Berücksichtigung des § 5 Abs. 4 und des § 1 zu erfolgen. Im Bescheid über die Neueinteilung sind auch die auf die Fischereiberechtigten entfallenden Anteile am Pachtrevier festzulegen.

§ 8

Verpachtung von Fischereirevieren

(1) Weder Eigenreviere noch Pachtreviere dürfen der freien Fischerei überlassen werden.

(2) Eigenreviere, die nicht von der oder dem Fischereiberechtigten selbst bewirtschaftet werden, und Pachtreviere sind entweder im Rahmen von Versteigerungen gemäß § 9 oder im Wege der freien Vergabe gemäß § 10 auf Grundlage eines vorzulegenden Fischereikonzeptes, welches die Ziele des § 1 zu berücksichtigen hat, zu verpachten.

(3) Die Landesregierung kann mit Verordnung Versteigerungsbedingungen und Inhalte für das Fischereikonzept und Pachtverträge festlegen.

(4) Fischereireviere dürfen nur ungeteilt auf 10 Jahre verpachtet werden. Pachtverträge bedürfen der Schriftform.

(5) Verpachtet darf nur an Personen werden, die pachtfähig sind. Personen sind pachtfähig, wenn sie volljährig und entscheidungsfähig sind und für sie keine aufrechte Vertretung nach § 1034 Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch - ABGB, JGS Nr. 946/1811, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 148/2020, vorliegt. Zudem müssen sie ganzjährig im Besitz einer gültigen Burgenländischen Jahresfischereikarte sein.

(6) Wird ein Eigenrevier nicht verpachtet oder wird an eine Fischereigesellschaft oder an eine juristische Person verpachtet, so ist von der oder dem Fischereiberechtigten des Eigenreviers oder der Fischereigesellschaft oder der juristischen Person eine verantwortliche Person, die die Voraussetzungen des Abs. 5 zu erfüllen hat, der Bezirksverwaltungsbehörde gegenüber bekannt zu geben.

(7) Kann ein Fischereirevier trotz Versteigerung nicht verpachtet werden, ist bis zur neuerlichen Versteigerung eine Fischereibewirtschafterin oder ein Fischereibewirtschafter von der Bezirksverwaltungsbehörde auf Kosten der oder des Fischereiberechtigten zu bestellen. Die Fischereibewirtschafterin oder der Fischereibewirtschafter hat die Voraussetzungen des Abs. 5 zu erfüllen.

(8) Die Unter- oder Weiterverpachtung ist erlaubt, Abs. 5 ist anzuwenden.

(9) Der Pachtbetrag für die Fischereireviere fällt den Fischereiberechtigten nach Maßgabe der Ausdehnung ihrer in des Revier einbezogenen Fischwässer zu, sofern es keine andere Vereinbarung gibt. Die Fischereiberechtigten haben der Bezirksverwaltungsbehörde eine Person, die den Pachtbetrag von der Pächterin oder dem Pächter zum Fälligkeitstermin entgegennimmt und auf die Fischereiberechtigten aufteilt sowie allfällige Vereinbarungen über die Aufteilung zur Kenntnis zu bringen.

§ 9

Versteigerungen

(1) Versteigerungen sind von der Bezirksverwaltungsbehörde im letzten Halbjahr der Pachtperiode, ausgenommen in Fällen des § 10 Abs. 1, durchzuführen. Die oder der Meistbietende hat den Zuschlag zu erhalten.

(2) Versteigerungen sind 4 Wochen vor der Durchführung samt den Versteigerungsbedingungen im Amtsblatt der Landesregierung kundzumachen.

(3) Personen, die bei der Versteigerung mitbieten wollen, haben spätestens bis zum Beginn der Versteigerung die Pachtfähigkeit gegenüber der Bezirksverwaltungsbehörde nachzuweisen und das Vadium zu hinterlegen.

(4) Über die Versteigerung ist eine Niederschrift aufzunehmen.

(5) Jenen Mitbieterinnen und Mitbieterinnen, denen der Zuschlag nicht erteilt wurde, ist das Vadium umgehend nach der Versteigerung zurückzugeben.

(6) Die Verpächterin oder der Verpächter hat den Pachtvertrag binnen drei Wochen nach Versteigerung der Bezirksverwaltungsbehörde zur Kenntnis zu bringen. Der Pachtvertrag ist nicht zur Kenntnis zu nehmen, wenn er Bestimmungen enthält, die gegen Gesetze verstoßen.

§ 10

Freie Vergabe

(1) Eigenreviere und Pachtreviere, können auch im Wege des freien Übereinkommens verpachtet werden. Dazu ist eine Mitteilung der Fischereiberechtigten im vorletzten Halbjahr der Pachtperiode an die Bezirksverwaltungsbehörde zu übermitteln. Bei Pachtrevieren ist die Mitteilung von 2/3 der Fischereiberechtigten, gerechnet nach deren Anteilen, zu unterfertigen.

(2) Im letzten Halbjahr der Pachtperiode ist dann das Fischereikonzept, der Pachtvertrag und der Nachweis der Pachtfähigkeit vorzulegen.

(3) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat die Pachtfähigkeit gemäß § 8 Abs. 5, das Fischereikonzept und den Pachtvertrag zu prüfen und die Verpachtung zur Kenntnis zu nehmen.

(4) Wird die Verpachtung im Rahmen der freien Vergabe von der Bezirksverwaltungsbehörde nicht zur Kenntnis genommen, weil die Pachtfähigkeit nicht gegeben ist oder das Fischereikonzept nicht den Zielen des § 1 entspricht, ist das Fischereirevier zu versteigern.

§ 11

Aufhebung und Erlöschen von Verpachtungen

(1) Der Pachtvertrag ist von der Bezirksverwaltungsbehörde aufzuheben, wenn

- 1) die Pachtfähigkeit gemäß § 8 Abs. 5 und 6 während der Pachtperiode wegfällt,
- 2) die Pächterin oder der Pächter oder die verantwortliche Person gemäß § 8 Abs. 6 wiederholt wegen Übertretungen nach diesem Gesetz bestraft worden ist,
- 3) die Pächterin oder der Pächter oder die verantwortliche Person gemäß § 8 Abs. 6 trotz Aufforderung der Bezirksverwaltungshörde kein Fischereischutzorgan bestellt.

(2) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat die Verpachtung auf Antrag aufzuheben, wenn die Fortsetzung des Pachtverhältnisses für eine Vertragspartei unzumutbar (zB keine Bezahlung, keine waidgerechte Bewirtschaftung) ist. Vor der Aufhebung sind die Vertragsparteien von der Bezirksverwaltungsbehörde zu hören.

(3) Der Pachtvertrag erlischt mit dem Tod oder dem Untergang der Pächterin oder des Pächters.

§ 12

Angelteiche

(1) Die Errichtung von Angelteichen ist der Bezirksverwaltungsbehörde von den Fischereiberechtigten mit Beginn der Ausübung der Fischerei zu melden. Jegliche Änderungen der in § 14 Abs. 3 genannten Daten sind von den Fischereiberechtigten der Bezirksverwaltungsbehörde umgehend mitzuteilen.

(2) Angelteiche dürfen nur an Personen verpachtet werden, die die Pachtfähigkeit gemäß § 8 Abs. 5 und 6 besitzen.

(3) Die Verpachtung von Angelteichen ist unter Bekanntgabe des Pächters und seiner Adresse der Bezirksverwaltungsbehörde innerhalb von 14 Tagen ab Abschluss des Pachtvertrages vom Verpächter anzuzeigen. § 11 Abs. 1 ist anzuwenden.

§ 13

Fischereigebiete

(1) Die Landesregierung hat mit Verordnung Eigenreviere und Pachtreviere zu Fischereigebieten zusammenfassen.

(2) Fischereiberechtigte von Angelteichen können sich den Fischereigebieten anschließen. Dazu ist eine Meldung an die Bezirksverwaltungsbehörde zu erstatten.

§ 14

Fischereikataster

(1) Die Bezirksverwaltungsbehörden haben einen digitalen Fischereikataster zu führen, dessen EDV-Umgebung von der Landesregierung zur Verfügung gestellt wird. Die Bezirksverwaltungsbehörden und

die Landesregierung haben dazu als datenschutzrechtlich gemeinsam Verantwortliche die personenbezogenen Daten aus dem Fischereikataster gemeinsam zu verarbeiten.

(2) Dieser hat

1. eine Beschreibung der Fischereireviere und Angelteiche,
2. die Fischereigeiete mit den dazugehörigen Fischereirevieren,
3. die Fischereiberechtigten mit Namen und Adresse sowie deren Anteile am Fischereirevier,
4. Fischereiausübungsberechtigte mit Namen und Adresse und allenfalls die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter mit Namen und Adresse,
5. die Fischereischutzorgane mit Namen, Adresse, Bestelldatum und Zuständigkeitsgebiet,
6. Fischereikarteninhaberinnen und Fischereikarteninhaber mit Namen und Adresse,
7. die Fischereigeietsvertreterinnen und die Fischereigeietsvertreter mit Namen und Adresse sowie Bestelldauer
8. die Fischereibewirtschafterinnen und die Fischereibewirtschafter mit Namen und Adresse sowie Bestelldauer

zu enthalten.

(3) Angelteiche sind nach Katastralgemeinden geordnet mit den Grundstücksnummern, den Eigentümerinnen und Eigentümern mit Namen und Adresse, allenfalls die Fischereiberechtigten mit Namen und Adressen und den Fischereiausübungsberechtigten mit Name und Adresse in den Kataster aufzunehmen.

(4) Die Bezirksverwaltungsbehörden und die Landesregierung sind im Rahmen ihrer Zuständigkeiten nach dem Gesetz ermächtigt, die Daten gemäß Abs. 1 bis 3 gemeinsam zu verarbeiten. Die Erfüllung von Informations-, Auskunfts-, Berichtigung-, Lösungs- und sonstigen Pflichten nach der Verordnung (EU) 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung), ABl. Nr. L 119 vom 04.05.2016 S. 1, in der Fassung der Berichtigung ABl. Nr. L 314 vom 22.11.2016 S. 72, obliegt jedem Verantwortlichen hinsichtlich jener personenbezogenen Daten, die im Zusammenhang mit den von ihm wahrgenommenen Aufgaben verarbeitet werden. Nimmt eine betroffene Person ein Recht nach der Datenschutz-Grundverordnung gegenüber einem gemäß dem zweiten Satz unzuständigen Verantwortlichen wahr, ist sie an den zuständigen Verantwortlichen zu verweisen.

(5) Die personenbezogenen Daten des Fischereikatasters können von den Bezirksverwaltungsbehörden an die Gemeinden und an die Wasserrechtsbehörde zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben weitergegeben werden.

§ 15

Fischereigeietsvertretung

(1) Die Fischereiausübungsberechtigten eines Fischereigeietes haben alle 5 Jahre aus ihrer Mitte einen Fischereigeietsvertreter zu wählen.

(2) Die Wahl ist von der Bezirksverwaltungsbehörde zu organisieren. Diese hat den Fischerausübungsberechtigten oder die verantwortliche Person gemäß § 8 Abs. 6 mindestens 14 Tage vor der Wahl schriftlich einzuladen. Wahlvorschläge für Fischereigeietsvertreterin oder Fischereigeietsvertreter und Stellvertretung sind bis spätestens vor Beginn der Wahlsitzung von den Stimmberechtigten der Bezirksverwaltungsbehörde abzugeben und haben die Zustimmung der Personen, die sich der Wahl stellen, zu enthalten. Als gewählt gilt jene Person, die bei Anwesenheit von 2/3 der Stimmberechtigten die absolute Mehrheit enthält. Stimmberechtigt sind jeweils der Fischereiausübungsberechtigte, bei Fischereigesellschaften oder juristischen Personen die verantwortliche Person gemäß § 8 Abs. 6. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Auf gleiche Weise ist auch eine Stellvertretung zu wählen. Kann keine Person gewählt werden, ist die Wahl spätestens nach Ablauf eines Jahres zu wiederholen.

(3) Verliert eine gewählte Fischereigeietsvertreterin oder ein gewählter Fischereigeietsvertreter seine oder ihre oder seine Fischereiausübungsberechtigung, legt sie oder er seine Funktion zurück oder stirbt sie oder er ist von der Bezirksverwaltungsbehörde eine neue Wahl zu organisieren.

(4) Aufgabe der Fischereigeietsvertretung ist es, die Interessen der Fischereiausübungsberechtigten zu vertreten und sie fachlich zu unterstützen.

§ 16

Ordnungsgemäße Bewirtschaftung

(1) Die fischereiliche Bewirtschaftung von Fischwässern hat waidgerecht und unter Berücksichtigung der gewässertypspezifischen Möglichkeiten zu erfolgen.

(2) Die Fischereiausübungsberechtigten haben dabei so vorzugehen, dass ein nach Art, Altersstruktur und Bestandsdichte der Beschaffenheit des Fischwassers entsprechender Wassertierbestand nach Möglichkeit erhalten bleibt.

(3) Die Fischereiausübungsberechtigten haben Verunreinigungen des Wassers, Wassertierkrankheiten und das Vorkommen invasiver gebietsfremder Arten umgehend der Bezirksverwaltungsbehörde zu melden.

(4) Die Bezirksverwaltungsbehörde kann der oder dem Fischereiausübungsberechtigten auch fischereiliche Bewirtschaftungsbeschränkungen zeitlich beschränkt (zB Entnahmeverbot, Besatzverbot, Pflegemaßnahmen, Abfischen) bescheidmäßig vorschreiben, wenn die Maßnahmen verhältnismäßig sind und dadurch den Zielen des § 1 entsprochen wird. In dem Verfahren haben auch die Fischereiberechtigten Parteienstellung.

§ 17

Besatz

(1) Besatzmaßnahmen in Fischwässern, ausgenommen in Angelteichen, sind von der oder dem Fischereiausübungsberechtigten bei der Bezirksverwaltungsbehörde spätestens 4 Wochen vor dem tatsächlichen Besatz anzuzeigen. Dabei sind die Art, die Stückzahl und Herkunft sowie der geplante Besatztermin anzugeben.

(2) Es dürfen nur Wassertiere ausgesetzt werden, die seuchenhygienisch unbedenklich und in der Fischereiverordnung gelistet sind. Sollen Wassertiere in Fischwässern ausgesetzt werden, die nicht in der Fischereiverordnung gelistet sind, bedarf es einer Bewilligung durch die Landesregierung. Einem Antrag dazu sind Unterlagen über die Art, die Stückzahl, die Herkunft und der Grund für das Aussetzen beizulegen. Anerkannte Umweltorganisationen sind berechtigt, gegen Bescheide über derartige Bewilligungen Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht zu erheben.

(3) Das Aussetzen von invasiven gebietsfremden Arten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten ist in Fischwässern jedenfalls unzulässig.

(4) Werden Besatzmaßnahmen gemäß Abs. 1 der Bezirksverwaltungsbehörde angezeigt, hat diese binnen 4 Wochen die Besatzmaßnahmen zu untersagen, wenn

- 1) keine Wassertiere, die in der Fischereiverordnung gelistet sind, ausgesetzt werden sollen,
- 2) die Stückzahl der auszusetzenden Fische dem Lebensraum nicht angepasst ist, oder
- 3) durch den Besatz eine waidgerechte fischereiliche Bewirtschaftung vereitelt wird.

(5) Fischereiausübungsberechtigte haben ein Besatzbuch zu führen. Darin sind Besatzzeitpunkt, Menge und Art der Wassertiere zu vermerken. Die Aufzeichnungen sind 5 Jahre aufzubewahren und auf Verlangen ist dieses der Bezirksverwaltungsbehörde oder den Fischereischutzorganen vorzulegen und Einsicht zu gewähren.

(6) Bescheide gem. Abs. 2 können auch unter Auflagen und Befristungen gesetzt werden, wenn dies für eine ordentliche Bewirtschaftung gem. § 16 erforderlich ist.

(7) Die Bezirksverwaltungsbehörde kann auch den Besatz von Wassertieren der oder dem Fischereiausübungsberechtigten anordnen, wenn eine Schädigung des Wassertierbestandes vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurde und die Verursacherin oder der Verursacher bestimmbar ist.

§ 18

Fischereischutz

(1) Für Fischereireviere und Angelteiche sind von den Fischereiausübungsberechtigten Fischereischutzorgane für die Dauer von höchstens fünf Jahren zu bestellen.

(2) Aufgabe der Fischereischutzorgane ist der umfassende Schutz der Fischwässer vor unbefugter Ausübung der Fischerei sowie die Einhaltung des Gesetzes und der Verordnungen.

§ 19

Bestellung und Widerruf von Fischereischutzorganen

(1) Die Fischereiausübungsberechtigten haben dazu der Bezirksverwaltungsbehörde geeignete Personen namhaft zu machen. Ein Fischereischutzorgan kann auch für mehrere Fischereireviere und Angelteiche namhaft gemacht werden, sofern die Ausübung des Fischereischutzes gewährleistet werden kann.

(2) Die Bestätigung der Fischereischutzorgane erfolgt durch die Bezirksverwaltungsbehörde. Diese hat die Eignung der namhaft gemachten Personen zu prüfen, sie anzugeloben und ihr einen Dienstausweis auszustellen.

(3) Die Wiederbestellung ist möglich.

(4) Geeignet sind Personen, die

1. volljährig und entscheidungsfähig sind und für sie keine aufrechte Vertretung nach § 1034 Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch - ABGB, JGS Nr. 946/1811, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 148/2020, vorliegt,
2. die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen,
3. im Besitz einer gültigen Burgenländischen Jahresfischereikarte sind,
4. eine Fischereischutzorganprüfung abgelegt haben,
5. die geistige und körperliche Eignung für die Erfüllung der Aufgaben haben und
6. den Fischereischutz regelmäßig und ausreichend ausüben können.

(5) Werden Umstände bekannt, die eine Bestätigung zum Fischereischutzorgan verhindert hätten, so ist die Bestätigung von der Bezirksverwaltungsbehörde zu widerrufen. Einer dagegen erhobenen Beschwerde kommt keine aufschiebende Wirkung zu.

(6) Ein Widerruf auf Grund einer Mitteilung des Fischereiausübungsberechtigten ist nur dann möglich, wenn Gründe vorliegen, die die Bestellung verhindert hätten. Vor dem Widerruf ist das Fischereischutzorgan zu hören.

(7) Die Landesregierung hat mit Verordnung ein Muster für den Dienstausweis und die Gelöbnisformel festzulegen.

§ 20

Rechtsstellung und Befugnisse der Fischereischutzorgane

(1) Fischereischutzorgane sind in Ausübung ihres Dienstes befugt,

1. Personen, die im Bereich von Fischwässern den Fischfang ausüben oder unmittelbar vorher ausgeübt haben oder im Besitz von Geräten zur Ausübung des Fischfanges angetroffen werden, anzuhalten und von ihnen den Nachweis der Berechtigung zur Ausübung der Fischerei zu verlangen,
2. Personen, die begründet im dringenden Verdacht stehen, gegen Bestimmungen dieses Gesetzes oder Verordnungen verstoßen zu haben oder im Begriff stehen, dagegen zu verstoßen, anzuhalten, sich ihre Identität nachweisen zulassen und zur Einstellung von gesetzwidrigen Handlungen aufzufordern,
3. bei Vorliegen des Verdachts einer Übertretung nach diesem Gesetz Wassertiere und Gegenstände, die unmittelbar mit der Übertretung im Zusammenhang stehen, vorläufig zu beschlagnahmen. Beschlagnahmte Wassertiere sind der oder dem Fischereiausübungsberechtigten zu übergeben, Gegenstände der Bezirksverwaltungsbehörde.

(2) Fischereischutzorgane haben Übertretungen der Bestimmungen dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen, die sie in Ausübung ihrer Aufsichtstätigkeit wahrnehmen, der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen.

(3) Fischereischutzorgane sind in Ausübung ihres Dienstes, wenn sie das vorgeschriebene Dienstabzeichen sichtbar tragen, als Organe der öffentlichen Aufsicht anzusehen und genießen den besonderen Schutz, den das Strafgesetzbuch Beamtinnen und Beamten (§ 74 Z 4 Strafgesetzbuch- STGB, BGBl. Nr. 60/1974, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. I 54/2015) einräumt.

(4) Die Fischereischutzorgane sind auch befugt, die waidgerechte Ausübung der Fischerei zu überprüfen.

(5) Fischereischutzorgane haben sich im Zuge ihrer Tätigkeit bei der Kontrolle auf Verlangen auszuweisen.

(6) Personen, die von Fischereischutzorganen kontrolliert werden, haben an der Kontrolle mitzuwirken und den Anweisungen des Fischereischutzorgans zu folgen.

(7) Die Fischereischutzorgane haben Missstände wie Gewässerverunreinigungen, Fischkrankheiten oder Fischsterben der Bezirksverwaltungsbehörde umgehend zu melden.

(8) Fischereischutzorgane sind in Ausübung ihrer Tätigkeit befugt, Ufergrundstücke von Fischwässern und Teichanlagen zu betreten.

§ 21

Inanspruchnahme von fremden Grundstücken

(1) Fischereiberechtigte und Fischereiausübungsberechtigte und Lizenznehmerinnen und Lizenznehmer sind befugt, zur Durchführung der waidgerechten Fischereiausübung fremde Grundstücke und Anlagen zu betreten und Fanggeräte aufzustellen, sofern dies unbedingt erforderlich ist und diese Tätigkeit sonst nicht oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand durchgeführt werden kann.

(2) Ist zur waidgerechten Fischereiausübung das Befahren von fremden Grundstücken unbedingt erforderlich, haben die Eigentümerinnen und Eigentümer dieser Grundstücke die Inanspruchnahme durch Fischereiberechtigte und Fischereiausübungsberechtigte zu dulden.

(3) Die Inanspruchnahme der fremden Grundstücke hat stets auf eigene Gefahr und unter Schonung der Substanz zu erfolgen.

(4) Auf Antrag der Beteiligten hat die Bezirksverwaltungsbehörde bescheidmäßig über die Art und den Umfang der Inanspruchnahme zu entscheiden. Dabei sind die Interessen der Beteiligten abzuwägen und ist auf die Verhältnismäßigkeit der Inanspruchnahme einzugehen. Entstehen durch die Inanspruchnahmen Vermögensnachteile, so haben die Eigentümerinnen und Eigentümer oder die sonst Verfügungsberechtigten der Grundstücke und Anlagen Anspruch auf Vergütung. Kommt es zu keiner Einigung zwischen den Beteiligten, hat die Bezirksverwaltungsbehörde über die Höhe der Vergütung zu entscheiden. Fischereiberechtigte und Fischereiausübungsberechtigte haften zur ungeteilten Hand.

(5) Die Inanspruchnahme gemäß Abs. 1 und 2 umfasst nicht dauerhaft umfriedete Grundstücke und Anlagen.

§ 22

Fischfolge

(1) Fischereiausübungsberechtigte sind bei Überflutungen durch Hochwässer berechtigt, den Fischfang auch in dem an ihre Fischwässer grenzenden, überfluteten Bereich auszuüben. Die oder der Fischereiausübungsberechtigte und ihre oder seine Gehilfen haben dazu das Recht, die angrenzenden Grundstücke zu betreten und die Wassertiere anzueignen. Die Inanspruchnahme der fremden Grundstücke hat unter Schonung der Substanz zu erfolgen.

(2) Vorkehrungen, die beim Abfließen des Wassers die Rückkehr der Wassertiere ins Fischwasser verhindern, dürfen nicht angebracht werden. Die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer sind aber berechtigt, sich jene Wassertiere anzueignen, die beim Abfließen des Wassers auf den Grundstücken zurückbleiben.

§ 23

Schutz des Fischbestandes

(1) Die Betreiberinnen und Betreiber von Anlagen haben die Fischereiausübungsberechtigten von der Trockenlegung oder Maßnahmen, die sich erheblich auf die Fischerei auswirken (zB Auflassung von Staubecken), rechtzeitig nachweislich zu verständigen, sodass der von den Maßnahmen betroffene Fischbestand geborgen werden kann.

(2) Die oder der Fischereiausübungsberechtigte ist zur Abwendung erheblicher Schäden an Wassertieren ermächtigt, an Einläufen der Ableitungen Fischrechen anzubringen, um ein Abwandern der Fische zu verhindern.

§ 24

Schutz der Wassertiere vor wildlebenden Tieren

(1) Sofern es keine andere zufriedenstellende Lösung gibt und es zur Abwendung erheblicher Schäden an Fischwässern, Angelteichen, Fisch- oder Krebszuchtbetrieben erforderlich ist, hat die Landesregierung durch Verordnung das örtlich und zeitlich begrenzte Stören (Vergrämen) bestimmter Arten von wildlebenden Tieren zu ermöglichen. Das Vergrämen von in Anhang IV lit. a und in Anhang V lit. a der

Richtlinie 92/43/EWG genannten Tieren darf zudem nur unter der Voraussetzung ermöglicht werden, dass die Populationen der betroffenen Tierart in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet ohne Beeinträchtigung in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen. In dieser Verordnung sind überdies festzulegen

1. welche zum Fernhalten und Vertreiben der jeweiligen Art von wildlebenden Tieren geeignete Mittel, Einrichtungen und Methoden zugelassen werden und
2. die der Einhaltung der Verordnung dienenden Kontrollmaßnahmen.

(2) Vorbehaltlich des Abs. 3 sind die in einer Verordnung nach Abs. 1 festgelegten Befugnisse zur Störung wildlebender Tiere vom Fischereiausübungsberechtigten des jeweiligen Fischereireviers, Betreiber des jeweiligen Angelteichs oder Fisch- oder Krebszuchtbetriebes oder von einer von diesen beauftragten Person durchzuführen.

(3) In einer Verordnung nach Abs. 1 kann vorgesehen werden, dass bestimmte Vergrämnungsmaßnahmen in des Abs 1. Z. 1 nur durch Personen mit besonderer Fachkunde vorgenommen werden dürfen. Die Landesregierung hat nach Anhören des Fischereiausübungsberechtigten des jeweiligen Fischereireviers bzw. Betreiber des jeweiligen Angelteichs oder Fisch- oder Krebszuchtbetriebes solche besonders fachkundigen Personen mit Bescheid zu ermächtigen, die in einer Verordnung nach Abs. 1 ermöglichten Vergrämnungsmaßnahmen durchzuführen. Die ermächtigten Personen haben bei ihrer Tätigkeit den Ermächtigungsbescheid und einen amtlichen Lichtbildausweis mitzuführen und den Fischereischutzorganen auf Verlangen vorzuweisen.

(4) Personen nach Abs. 2 und 3 haben die beabsichtigte Durchführung von Maßnahmen nach Abs. 1 der Bezirksverwaltungsbehörde ehest möglich anzuzeigen.

(5) Die Landesregierung hat aufgrund der Ergebnisse der Kontrollen im Sinn des Abs. 1 Z. 2 zumindest alle drei Jahre zu überprüfen,

1. ob bzw. inwieweit die in der Verordnung nach Abs. 1 vorgesehenen Befugnisse zur Abwendung erheblicher Schäden am Fisch- und Krebsbestand weiterhin erforderlich sind,
2. ob es eine andere zufriedenstellende Lösung gibt und
3. ob die hinsichtlich der in Anhang IV lit. a und in Anhang V lit. a der Richtlinie 92/43/EWG genannten Tiere vorgesehenen Befugnisse mit der Aufrechterhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes der Population der der betroffenen Tiere weiterhin vereinbar sind.

Falls erforderlich hat die Landesregierung die Verordnung aufzuheben oder entsprechend abzuändern.

§ 25

Fischereikarte

(1) Wer im Burgenland die Fischerei an einem Fischwasser ausübt, muss im Besitz

1. einer auf seinen Namen lautenden gültigen Jahresfischereikarte sein, oder
2. einer gültigen Gastfischereikarte in Verbindung mit einem gültigen Lichtbildausweis sein.

(2) Zusätzlich ist eine gültige Lizenz der oder des Fischereiausübungsberechtigten des betreffenden Fischwassers erforderlich. Lizenzen dürfen nur an Personen ausgegeben werden, die die Voraussetzungen des Abs. 1 Z 1 oder 2 erfüllen.

(3) Auf Verlangen sind die Lizenz und die Jahresfischereikarte oder die Gastfischerkarte den Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes oder den Fischereischutzorganen vorzuweisen.

(4) Das Erfordernis der Lizenz entfällt, wenn der oder die Fischereiausübungsberechtigte des Fischwassers die Fischerei selbst ausübt oder die Fischerei im Beisein der oder des Fischereiausübungsberechtigten ausgeübt wird.

§ 26

Jahresfischereikarte

(1) Die erstmalige Ausstellung der Jahresfischereikarte erfolgt bei einer Bezirksverwaltungsbehörde. Dem Antrag ist ein Lichtbild und der Nachweis der Eignung beizulegen.

(2) Die Fischereikarte behält ihre Gültigkeit, wenn die Fischereikartenabgabe jährlich bis zum 1. März entrichtet wird. Voraussetzung für das Erlangen einer Fischereikarte ist

1. die Vollendung des 14. Lebensjahres,
2. der Nachweis der fischereilichen Eignung,
3. das Nichtvorliegen eines Verweigerungs- oder Entziehungsgrundes gemäß § 28.

§ 27

Fischereigastkarte

(1) Die oder der Fischereiausübungsberechtigte kann bei der Bezirksverwaltungsbehörde Fischereigastkarten erwerben. Diese dürfen von der oder dem Fischereiausübungsberechtigten nur an Personen ausgegeben werden, die eine gültige Fischereikarte eines anderen Bundeslandes oder eine gleichwertige Berechtigung eines Mitgliedstaates der Europäischen Union haben.

(2) Die Fischereigastkarte ist von der oder dem Fischereiausübungsberechtigten vollständig und dauerhaft auszufüllen. Über die ausgegebenen Fischereigastkarten sind Aufzeichnungen (Name, Adresse, vorgelegte Fischereiberechtigung, Ausstellungsdatum) zu führen und auf Verlangen sind diese Aufzeichnungen der Bezirksverwaltungsbehörde vorzulegen.

(3) Die Gültigkeit der Fischereigastkarte beträgt 2 Monate, beginnend mit dem Datum der Ausstellung.

(4) Eine Rückgabe der gemäß Abs. 1 erworbenen Fischereigastkarten ist nicht möglich.

§ 28

Verhinderungs- oder Entziehungsgründe

(1) Die Ausstellung der Fischereikarte ist Personen zu versagen oder zu entziehen,

1. die wiederholt innerhalb eines Zeitraumes von 3 Jahren wegen Übertretungen des § 33 bestraft wurden bis zu einem Jahr,
2. die von Gericht wegen des Eingriffs in ein fremdes Jagd- und Fischereirecht in den letzten 3 Jahren verurteilt wurden von einem bis zu zwei Jahre,
3. die von Gericht wegen des Verbrechens oder Vergehens der Tierquälerei in den letzten 3 Jahren verurteilt wurden von einem bis zu 3 Jahre.

(2) Bei der Bemessung der Dauer der Verhinderung oder Entziehung ist auf die Art und Schwere der gesetzten Handlung einzugehen.

§ 29

Fischereiliche Eignung

(1) Die fischereiliche Eignung ist bei der erstmaligen Ausstellung einer Burgenländischen Jahresfischereikarte von der Antragstellerin oder dem Antragsteller nachzuweisen.

(2) Der Nachweis erfolgt durch die Ablegung einer Prüfung gem. § 30 oder auf Grund der Vorlage einer Fischereikarte eines anderen Bundeslandes oder eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, für deren Erwerb eine gleichwertige Prüfung erforderlich ist.

§ 30

Prüfung über fischereiliche Eignung

(1) Die Landesregierung hat zur Vorbereitung auf die Prüfung über die fischereiliche Eignung Vorbereitungskurse anzubieten und Prüfungen abzunehmen. Die Kurse und Prüfungen können über elektronische Medien abgehalten werden. Die Prüfung hat sich auf folgende Teilbereiche zu erstrecken:

1. Wassertierkunde
2. Gewässerökologie
3. waidgerechte Fischerei
4. Fanggeräte
5. Burgenländisches Fischereigesetz
6. Umgang mit Wassertieren
7. Verwertung der Wassertiere

(2) Die Landesregierung hat zur Überprüfung der fischereilichen Eignung für Fischereischutzorgane eigene Vorbereitungskurse und Prüfungen anzubieten, die insbesondere auf die Rechte und Pflichten der Fischereischutzorgane einzugehen hat. Die Kurse und Prüfungen können über elektronische Medien abgehalten werden.

(3) Die Landesregierung hat mit Verordnung nähere Bestimmungen zu der Durchführung der Kurse und Prüfungen sowie über die Kosten gemäß Abs. 2 und 3 erlassen.

§ 31

Fischereikartenabgabe

- (1) Die Höhe der Abgabe beträgt
- | | |
|-----------------------------------|----------|
| für die Jahresfischereikarte | |
| 1. bei jährlicher Vorschreibung | 25 Euro |
| 2. bei dreijähriger Vorschreibung | 50 Euro |
| für die Fischereigastkarte | 15 Euro. |
- (2) Die Landesregierung hat mit Verordnung die Abgabe jährlich der Preissteigerungsrate anzupassen.
- (3) Die Landesregierung hat die Abgabe bei dreijähriger Vorschreibung alle drei Jahre ansonsten jährlich mit Erinnerung vorzuschreiben. Wird die Fischereikartenabgabe nicht bis zum darauffolgenden 1. März einbezahlt, verliert die Jahresfischereikarte ihre Gültigkeit.
- (4) Die Landesregierung hat mit Verordnung Muster für die Jahresfischereikarte und die Fischereigastkarte festzulegen.

§ 32

Schonzeiten

- (1) Das absichtliche Fangen von Wassertieren in der Schonzeit, oder wenn sie das Brittelmaß noch nicht erreicht haben, ist verboten.
- (2) Wassertiere die innerhalb der Schonzeiten gefangen werden, oder eine geringere Größe als das Brittelmaß aufweisen, sind sofort wieder ins Fischwasser zurückzusetzen, außer sie weisen schwere Verletzungen auf.
- (3) Die Landesregierung hat mit Verordnung Schonzeiten und Brittelmaße festzulegen. Die Schonzeiten haben dabei die Laichperioden zu berücksichtigen.
- (4) Die Bezirksverwaltungsbehörde kann von Amts wegen oder auf Antrag der Fischereiausübungsberechtigten, bei Gerinnen auch jenen, die an das Revier angrenzen, bestimmte Wasserstrecken oder Wasserflächen von Fischwässern, welche zum Laichen der Wassertiere oder zur Entwicklung der jungen Brut besonders geeignet sind, als Laichschonstätten und die zum Überwintern der Wassertiere besonders geeigneten Wasserstrecken und Wasserflächen als Winterlage der Wassertiere erklären. In diesen Wasserstrecken oder Wasserflächen ist jede Beunruhigung der Wassertiere und jede Art des Fangens von Wassertieren verboten. Im Bescheid hat die Bezirksverwaltungsbehörde die betroffene Wasserstrecke oder die Wasserfläche genau zu bezeichnen und über die Kennzeichnung dieser Wasserstrecke oder Wasserfläche abzusprechen. Werden Fischereirechte dadurch beeinträchtigt und entsteht der oder dem Fischereiausübungsberechtigten dieser Wasserstrecke oder Wasserfläche ein Schaden, sind für die Leistung von Entschädigungen auch jene Fischereiausübungsberechtigten heranzuziehen, die aus dem Winterlager oder den Laichschonstätten einen Vorteil ziehen.
- (5) Die Bezirksverwaltungsbehörde kann Ausnahmen von den Brittelmaßen und Schonzeiten bescheidmäßig erteilen, wenn wissenschaftliche oder fischereiwirtschaftliche Zwecke (zB Abfischen, Weitergabe zur Zucht, Krankheiten) dies erforderlich machen. Die Bewilligung kann zeitlich befristet auf maximal 1 Jahr erfolgen.
- (6) Ausnahmen gemäß Abs. 5 dürfen für Tierarten des Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, Abl. Nr. L 206 vom 22.7.1992, S 7 ff., in der Fassung der Richtlinie 2013/17/EU des Rates vom 13. Mai 2013, Abl. Nr. L 158 vom 10.6.2013, S 193 ff. (in der Folge „FFH-Richtlinie“) überdies nur bewilligt werden, sofern es keine andere zufriedenstellende Lösung gibt und der günstige Erhaltungszustand der betroffenen Tierarten aufrechterhalten wird.

§ 33

Fischereiliche Verbote und waidgerechte Fischereiausübung

- (1) Es ist verboten,
1. Sprengstoffe, Schusswaffen, Harpunen, Betäubungsmittel und Gifte bei der Fischerei zu verwenden,
 2. mit elektrischem Strom zu fischen,
 3. künstliche Lichtquellen oder chemische Leuchtstoffe zu verwenden,
 4. lebende Wirbeltiere als Köder zu verwenden,

5. unbeaufsichtigte Angelruten auszulegen,
 6. mittels Stechen, Anreißen, Prellen und Keulen zu fischen,
 7. mit Fischfallen und ständige Fangvorrichtungen in fließenden Gewässern zu fischen
 8. den Fischfang in Reviergrenzbereichen von Fischwässern auszuüben, soweit ein Eingriff in ein fremdes Fischereirecht, sei es auch nur durch Anlocken von Wassertieren nicht ausgeschlossen werden kann,
 9. Fischfang aus Flugzeugen oder mittels Luftfahrzeugen zu betreiben,
 10. invasive Arten ins Fischwasser rückzuführen.
- (2) Die Fischerei wird dann waidgerecht im Sinne des § 5 Abs. 4 ausgeübt, wenn
1. allgemein anerkannte und geeignete Fanggeräte verwendet werden,
 2. im Falle der Entnahme eine schnelle Betäubung und fachgerechte Tötung gewährleistet ist oder bei Wassertieren die geschont sind oder das Brittelmaß nicht erreichen, eine umgehende Rückführung ins Fischwasser erfolgt,
 3. der Umgang und Transport von lebenden Wassertieren schonend erfolgt.
- (3) Die Bezirksverwaltungsbehörde kann auf Antrag mit Bescheid und allenfalls unter Setzung von Auflagen und Befristungen Ausnahmen von Abs. 1 bewilligen, wenn diese zu Forschungszwecken, Bestandskontrolle oder Bestandsstützung erforderlich ist.
- (4) Ausnahmen zu Abs. 1 Z 2 sind von der Bezirksverwaltungsbehörde zu bewilligen, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller
1. Kenntnisse zur Durchführung der Elektrofischerei vorweisen können,
 2. das Elektrofischereigerät für den Verwendungszweck geeignet ist,
 3. eine Schädigung des unter- und oberliegenden Fischwassers voraussichtlich nicht oder nur in einem unbedeutenden Maß eintreten wird,
 4. örtliche Populationen der im Anhang IV und V der FFH-Richtlinie genannten Tierarten nicht schwer gestört werden,
 5. und eine Zustimmungserklärung der oder des Fischereiberechtigten vorgelegt wird.

§ 34

Behörden und Verfahren

- (1) Zuständige Behörde im Sinne des Gesetzes ist die Bezirksverwaltungsbehörde, sofern nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Bei Verfahren, die erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben können und Verfahren gemäß § 32 Abs. 5, sind Informationen dazu auf einer für Umweltorganisationen gemäß § 19 Abs. 7 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 - UVP-G 2000, BGBl. I Nr. 697/1993, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 80/2018, sowie der Burgenländischen Landesumwelthanwaltschaft zugänglichen elektronischen Informationssystem kundzumachen. Innerhalb von vier Wochen ab Kundmachung können Umweltorganisationen gemäß § 19 Abs. 7 UVP-G 2000, BGBl. I Nr. 697/1993, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 80/2018, und die Burgenländische Landesumwelthanwaltschaft Stellungnahmen zum Verfahren einbringen. Beginnend mit der Kundmachung ist den Umweltorganisationen gemäß § 19 Abs. 7 UVP-G 2000, BGBl. I Nr. 697/1993, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 80/2018, und der Burgenländischen Landesumwelthanwaltschaft Zugang zu den verfahrensrelevanten Informationen zu gewähren.
- (3) Bescheide in Verfahren gemäß Abs. 2 sind auf einer für Umweltorganisationen gemäß § 19 Abs. 7 UVP-G 2000, BGBl. I Nr. 697/1993, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 80/2018, sowie der Burgenländischen Landesumwelthanwaltschaft zugänglichen elektronischen Informationssystem für sechs Wochen bereit zu stellen. Mit dem Ablauf von zwei Wochen ab dem Tag der Bereitstellung gilt der Bescheid den berechtigten Umweltorganisationen als zugestellt.
- (4) Die Burgenländische Landesumwelthanwaltschaft sowie die Umweltorganisationen, die gemäß § 19 Abs. 7 UVP-G 2000, BGBl. Nr. 697/1993, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 80/2018, anerkannt sind, sind befugt Rechtsmittel gegen Bescheide gemäß Abs. 2 an das Landesverwaltungsgericht zu erheben.

§ 35

Mitwirkung von Organen

Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes der Bundespolizei haben den nach diesem Landesgesetz zuständigen Behörden (§ 34) und Organen zur Sicherung der Ausübung der Überprüfungsrechte gemäß § 20 und Verhinderung von Straftaten gemäß § 33 im Rahmen des gesetzlichen Wirkungsbereiches Hilfe zu leisten und mitzuwirken durch

1. Vorbeugemaßnahmen gegen drohende Verwaltungsübertretungen,
2. Maßnahmen, die für die Einleitung oder Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren erforderlich sind, und
3. Anwendung körperlichen Zwanges, soweit er gesetzlich vorgesehen ist.

§ 36

Landesfischereibeirat, Landesfischereimeisterin oder Landesfischereimeister

(1) Die gemäß § 15 gewählten Fischereigebietsvertreterinnen und Fischereigebietsvertreter sind Mitglieder des Landesfischereibeirates. Zusätzlich können von der oder dem Vorsitzenden wesentliche Interessensvertreter der Fischerei kooptiert werden. Der Landesfischereibeirat wird von der Landesregierung eingerichtet und hat die Landesregierung auf Verlangen in Fragen der Fischerei zu beraten. Den Vorsitz führt das für das Fischereiwesen zuständige Mitglied der Landesregierung oder ein von ihr oder ihm ermächtigtes Organ.

(2) Die Tätigkeit als Mitglied des Landesfischereibeirates ist ehrenamtlich.

(3) Zur Besorgung der Angelegenheiten der Fischerei wird beim Amt der Landesregierung eine Landesfischereimeisterin oder ein Landesfischereimeister eingerichtet.

§ 37

Strafbestimmungen, Verfall

(1) Eine Verwaltungsübertretung begeht und ist mit einer Geldstrafe bis zu 3 600 Euro und im Falle der Uneinbringlichkeit mit einer Freiheitsstrafe bis zu 6 Wochen zu bestrafen, wer

1. ohne Bewilligung gemäß § 4 Abs. 4 Fischereirechte teilt,
2. als Verpächterin oder Verpächter den Pachtvertrag nicht gemäß § 9 Abs. 6 der Behörde zur Kenntnis bringt,
3. ein Eigen- oder Pachtrevier der freien Fischerei überlässt,
4. an nicht pachtfähige Personen gemäß § 8 Abs. 5 verpachtet,
5. als Pächterin oder Pächter keine verantwortliche Person gemäß § 8 Abs. 6 der Behörde gegenüber bekannt gibt,
6. Pachtreviere im Wege der freien Vergabe gemäß § 10 verpachtet, ohne dass die erforderliche Mitteilung an die Behörde von 2/3 der Fischereiberechtigten unterfertigt wurde,
7. als Fischereiausübungsberechtigte oder Fischereiausübungsberechtigter gemäß § 16 Abs. 3 Verunreinigungen des Wassers, Wassertierkrankheiten und das Vorkommen invasiver gebietsfremder Arten nicht umgehend der Behörde meldet, obwohl dies ihr oder ihm bekannt gewesen ist,
8. nicht die gemäß § 12 Abs. 1 und 3 geforderten Meldungen an die Behörde tätigt,
9. als Fischereiausübungsberechtigte oder Fischereiausübungsberechtigter gegen Bewirtschaftungsbeschränkungen gemäß § 16 Abs. 4 verstößt,
10. Besatzmaßnahmen nicht gemäß § 17 Abs. 1 4 Wochen vor dem Besatztermin bei der Behörde anzeigt oder nicht die erforderlichen Angaben gemäß § 17 Abs. 1 macht,
11. Wassertiere entgegen den Bestimmungen des § 17 Abs. 2 aussetzt, die nicht aus seuchenhygienisch unbedenklichen Zuchtbetrieben stammen,
12. entgegen den Bestimmungen des § 17 Abs. 3 Wassertiere, die nicht in der Schonzeitverordnung der Landesregierung gelistet sind, ohne Bewilligung aussetzt,
13. als Fischereiausübungsberechtigte oder Fischereiausübungsberechtigter entgegen den Bestimmungen des § 17 Abs. 5 kein Besatzbuch führt, unzureichend führt, nicht 5 Jahre hindurch aufbewahrt oder der Behörde oder dem Fischereischutzorgan nicht vorlegt oder Einsicht gewährt,
14. gegen Bescheide gemäß § 17 Abs. 7 verstößt,
15. als Fischereiausübungsberechtigte oder Fischereiausübungsberechtigter entgegen den Bestimmungen des § 18 Abs. 1 kein Fischereischutzorgan bestellt,
16. sich der Kontrolle eines Fischereischutzorganes gemäß § 20 Abs. 6 widersetzt,

17. die Fischfolge gemäß § 22 behindert oder verunmöglicht oder Vorkehrungen anbringt, die den Wassertieren eine Rückkehr ins Fischwasser verunmöglichen,
18. es als Betreiber von Anlagen gemäß § 23 unterlässt, bei Trockenlegung oder beim Setzen von Maßnahmen, die erhebliche Auswirkungen auf die Fischerei haben, die Fischereiausübungsberechtigte oder den Fischereiausübungsberechtigten zu verständigen oder Maßnahmen zur Bergung des Wassertierbestandes be- oder verhindert,
19. entgegen der Bestimmung des § 25 Abs. 1 ohne gültige Jahresfischereikarte, gültige Fischereigastkarte oder ohne gültige Lizenz die Fischerei ausübt,
20. entgegen der Bestimmung des § 25 Abs. 1 und 2 die Fischerei ausübt, ohne die gültige Jahresfischereikarte, die gültige Fischereigastkarte oder die Lizenz bei sich zu haben,
21. als Fischereischutzorgan keine gültige Jahresfischereikarte gemäß § 19 Abs. 4 Z 3 hat,
22. als Fischereiausübungsberechtigte oder Fischereiausübungsberechtigter Fischereigastkarten entgegen den Bestimmungen des § 27 Abs. 1 ausgibt,
23. Lizenzen entgegen den Bestimmungen des § 26 Abs. 2 an Personen weitergibt oder veräußert, die zur Ausübung der Fischerei nicht berechtigt sind,
24. als Fischereiberechtigte oder Fischereiberechtigter von Angelteichen entgegen den Bestimmungen des § 38 Abs. 13 die Daten nicht bis zum 31.12.2023 der Behörde bekannt gibt,
25. den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen und den darin enthaltenen Geboten und Verboten zuwiderhandelt,
26. gegen fischereiliche Verbote und waidgerechte Fischereiausübung gemäß § 33 verstößt.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) Die Strafe des Verfalls von Gegenständen, auf die sich die strafbare Handlung gemäß Abs. 1 bezieht, kann von der Bezirksverwaltungsbehörde ausgesprochen werden, wenn diese Gegenstände im Zusammenhang mit Verwaltungsübertretungen gemäß Abs. 1 stehen. Können widerrechtlich gefangene Wassertiere nicht mehr für verfallen erklärt werden, ist an ihrer Stelle der entsprechende Marktwert für verfallen zu erklären. Verfallene Gegenstände sind zu veräußern, zu vernichten oder Organisationen zu Ausbildungszwecken zur Verfügung zu stellen.

§ 38

Übergangsbestimmungen

(1) Fischwässer, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes als Eigenreviere nach §§ 10 und 11 des Burgenländischen Fischereigesetzes, LGBl. Nr. 1/1949, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 89/2019, festgelegt sind, gelten als Eigenreviere nach diesem Gesetz.

(2) Fischwässer, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes als Eigenreviere nach §§ 10 und 16 des Burgenländischen Fischereigesetzes, LGBl. Nr. 1/1949, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 89/2019, festgelegt sind, gelten als Pachtreviere nach diesem Gesetz.

(3) Fischereirechte, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes gemäß §§ 2 und 3 des Bgl. Fischereigesetzes 1949, LGBl. Nr. 1/1949 zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 89/2019, festgelegt wurde, gelten als Fischereirechte gemäß § 4 dieses Gesetzes weiter / nach diesem Gesetz.

(4) Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehenden Pachtverträge bleiben unberührt. Für die Neuverpachtung, die Verlängerung, die Änderung, die Ergänzung, die Auflösung und das Erlöschen von Pachtverträgen gilt jedoch dieses Gesetz. Die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes eingehobenen Fischereirevierbeiträge sind im Einvernehmen mit der Fischereirevierverwalter zu verbrauchen. Ab Inkrafttreten dieses Gesetzes sind Fischereirevierbeiträge als privatrechtliche Vereinbarung zwischen den Revieren zu behandeln.

(5) Fischereigebiete, die nach der Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 8. Mai 1952 betreffend die Fischerei (2. Fischereiverordnung), LGBl. Nr. 9/1953, zuletzt geändert durch die Verordnung LGBl. Nr. 26/1973, in die Fischwässer des Landes eingeteilt wurden, gelten als Fischereigebiete nach diesem Gesetz.

(6) Revierbeiträge, die gemäß den §§ 25 f des Burgenländischen Fischereigesetzes, LGBl. Nr. 1/1949 zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 89/2019, eingehoben wurden, sind zur Gänze bis zum 31.12.2022 vom Fischereirevierverwalter an die Fischereiberechtigten zurückzustellen. Allfällige dadurch entstehende Kosten und die Kosten für die Revierverwaltung durch den Fischereirevierverwalter im Jahr 2022 sind vorweg in Abzug zu bringen und zu begleichen. Die Tätigkeit der Fischereirevierverwalter endet am 31.12.2022.

(7) Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes ausgestellten Fischereikarten, Fischereigastkarten behalten ihre Gültigkeiten für den Zeitraum, für den sie ausgestellt wurden.

(8) Eine gültige Fischereikarte nach dem Bgld. Fischereigesetzes 1949, LGBl. Nr. 1 /1949, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 89/2019, ersetzt den Nachweis der fischereilichen Eignung gemäß § 29 bei der Beantragung einer Jahresfischereikarte nach diesem Gesetz.

(9) Der Nachweis der fischereilichen Eignung gemäß § 29 gilt auch als erbracht, wenn die Bewerberin oder der Bewerber einer Jahresfischereikarte in den vergangenen drei Jahren vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an gerechnet, wenigstens einmal im Besitz einer gültigen Jahresfischereikarte für das Burgenland war und in diesem Zeitraum kein Entzug der Fischereikarte erfolgte oder wirksam war.

(10) Die nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen bestellten und bestätigten Fischereischutzorgane gelten als Fischereischutzorgane im Sinne dieses Gesetzes und behalten diese Funktion bis zum 31.12.2026.

(11) Der Nachweis der Fischereischutzprüfung gemäß § 19 Abs. 4 Z 4 iVm § 30 Abs. 3 gilt auch dann als erbracht, wenn die Person in den vergangenen 15 Jahren als Fischereischutzorgan gemäß § 64 Burgenländisches Fischereigesetz, LGBl. Nr. 1 /1949, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 89/2019, bestellt war.

(12) Bestellte Fischereirevierverwalter behalten ihre Tätigkeit bis zum 1. Jänner 2023. Bis zu diesem Zeitpunkt haben sie die ihnen gemäß Bgld. Fischereigesetzes 1949, LGBl. Nr. 1 /1949, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 89/2019, übertragenen Aufgaben wahrzunehmen.

(13) Bis zum 31.12.2022 ist von der Landesregierung ein digitaler Kataster zur Verfügung zu stellen. Bis zum 31.12.2023 sind von den Fischereiberechtigten von Angelteichen die Daten gemäß § 12 Abs. 1 der Behörde bekannt zu geben.

§ 39

Inkrafttretensbestimmungen, Ausserkrafttretensbestimmung

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme von § 26 Abs. 2, § 29 und § 31 Abs. 1 und 2 am 1.1.2022 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Fischereigesetz 1949, LGBl. Nr. 1/1949, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 89/2019 außer Kraft.

(2) § 26 Abs. 2 und § 29 treten am 1.1.2023 in Kraft.

(3) § 31 Abs. 1 und 2 tritt am 1.1.2025 in Kraft.

Vorblatt

Problem:

Das Burgenländische Fischereirecht gründet bislang auf das Fischereigesetz 1949, LGBl. Nr. 1/1949, in der Fassung des Gesetzes, LGBl. Nr. 89/2019. Wesentliche Veränderungen in der Fischerei in den vergangenen Jahren wurden im bisher geltenden Recht nicht berücksichtigt. So zB war es bislang nicht erforderlich, dass zur Erlangung einer Jahresfischereikarte eine Prüfung abgelegt werden muss, so wie die in anderen Bundesländern bereits länger üblich ist. Auch die fischereilichen Verbote und Strafbestimmungen waren nicht mehr zeitgemäß.

Lösung:

Als einzig taugliche Lösung für eine zeitgemäße Regulierung der Fischerei ist daher ein neues Fischereigesetz. Mit dem vorliegenden Burgenländischen Fischereigesetz 2022 werden zeitgemäße Bestimmungen geschaffen. So werden nunmehr Begriffe legaldefiniert, der Geltungsbereich klar festgelegt, die freie Vergabe wie im Jagdrecht ermöglicht, ein digitaler Fischereikataster gesetzlich ermöglicht, Prüfungen zum Erwerb der Jahresfischereikarte und für Fischereischutzorgane eingeführt oder die Strafbestimmungen neu geregelt.

Alternativen:

Auf Grund der Tatsache, dass das Fischereigesetz 1949, LGBl. Nr. 1/1949, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 89/2019, wichtige Bestimmungen nicht enthielt, war eine Neufassung des Fischereirechts erforderlich. Dazu gibt es keine Alternativen.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Gemäß Art 97 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz - B-VG, BGBl. Nr. 1/1930 in der Fassung des Bundesverfassungsgesetzes BGBl. I Nr. 2/2021, muss für die Mitwirkung der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes im Sinne des § 34 hierzu die Zustimmung der Bundesregierung eingeholt werden. Die Zustimmung gilt als gegeben, wenn die Bundesregierung nicht binnen acht Wochen von dem Tage, an dem der Gesetzesbeschluss beim Bundeskanzleramt eingelangt ist, dem Landeshauptmann mitgeteilt hat, dass die Mitwirkung der Bundesorgane verweigert wird. Vor Ablauf dieser Frist darf die Kundmachung des Gesetzesbeschlusses nur erfolgen, wenn die Bundesregierung ausdrücklich zugestimmt hat.

Zudem ist ein Verfahren gemäß § 9 Abs. 1 F-VG durchzuführen.

Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Mit diesem Gesetz wird die Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten, ABl. Nr. L 317 vom 04.11.2014, S. 35, umgesetzt. Weiters wird das Übereinkommen von Aarhus (Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten) und der darauf Bezug nehmenden Rechtsprechung des EuGH (20.12.2017, Rs C 664/15 „Protect“, u.v.m.), mit welcher der EuGH die Anforderungen für Beteiligungs- und nachträgliche Überprüfungsrechte der (betroffenen) Öffentlichkeit (vor allem auch für Umweltorganisationen) konkretisiert hat, in das Burgenländische Fischereirecht aufgenommen.

Die Verordnung (EU) 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung-DSGVO) wurde am 27. April 2016 beschlossen und ist am 25. Mai 2016 in Kraft getreten. Auch diese wird im vorliegenden Gesetz umgesetzt.

Kosten:

Werden derzeit erhoben

Auswirkungen in umweltpolitischer Hinsicht, insbesondere Klimaverträglichkeit:

Auf die Klimaverträglichkeit hat das vorliegende Gesetz keine Auswirkungen. Hinsichtlich der umweltpolitischen Aspekte ist festzuhalten, dass einige Fangmethoden nunmehr strafbar sind und auch beim Aussetzen auf die Art der Wassertiere mehr Wert gelegt werden soll.

Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, insbesondere auf Frauen und Männer:

Dieses Gesetz verursacht keine spezifischen Auswirkungen auf Frauen oder Männer.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil:

Die Ziele des Fischereigesetzes wurden in § 1 neu gefasst, wobei der Schutz bedrohter und gefährdeter heimischer Wassertiere und die nachhaltige Bewirtschaftung und Nutzung der Fischwässer in den Mittelpunkt gestellt werden. Klar geregelt wird nun auch, dass das Fischereigesetz auch für Angelteiche gilt, jedoch auf Fischwässer, die der landwirtschaftlich tierischen oder tierzüchterischen Produktion dienen, keine Anwendung findet. Bei den Begriffsbestimmungen werden nun zahlreiche Begriffe legaldefiniert, ua. Fischwässer, Angelteiche, Fischereiberechtigte, Fischereiausübungsberechtigte, Lizenznehmer oder die waidgerechte Fischerei. Im Gegensatz zu bisher sind Fischereireviere nicht mehr ausschließlich zu versteigern sondern können auch im Wege der freien Verpachtung bei Vorlage eines Fischereikonzepts und eines 2/3 Beschlusses der Fischereiberechtigten vergeben werden. Damit sollen Bemühungen jener unterstützt werden, die nicht kommerzielle in den Vordergrund stellen, sondern die Fischerei auch wegen der Artenvielfalt, des Gewässerschutzes oder beispielsweise der Jugendarbeit betreiben. Die Pachtverträge sind auch weiterhin von der Behörde zu genehmigen. Hinsichtlich der Verpachtung von Angelteichen besteht nur die Einschränkung, dass diese nur an Personen verpachtet werden dürfen, die die Pachtfähigkeit besitzen.

So wie im Jagdrecht auch, soll auch die Fischereiverwaltung digital werden. Mit der Bestimmung des § 14 wird der Fischereikataster geregelt, der die Behörde zur Datenverarbeitung ermächtigt und die Daten über die Fischerei enthalten soll.

Zu Vertretung der Fischereiberechtigten werden zukünftig Fischereigebietsvertreterinnen und Fischereigebietsvertreter unter Aufsicht der Behörde gewählt.

Einen wichtigen Punkt im neuen Fischereigesetz nimmt die ordnungsgemäße Bewirtschaftung ein. Demnach hat die fischereiliche Bewirtschaftung von Fischwässern waidgerecht und unter Berücksichtigung der gewässertypspezifischen Möglichkeiten zu erfolgen. Dabei haben die Fischereiberechtigten so vorzugehen, dass ein nach Art, Altersstruktur und Bestandsdichte der Beschaffenheit des Fischwassers entsprechender Wassertierbestand nach Möglichkeiten erhalten bleibt. Besatzmaßnahmen sind zukünftig bei der Behörde anzuzeigen, ein Besatzbuch ist zu führen. Fischereischutzorgane müssen zukünftig eine Prüfung ablegen. Dies dient nicht nur der besseren Ausbildung sondern auch ihrem persönlichen Schutz.

Zum Erhalt einer Burgenländischen Jahresfischereikarte ist der Nachweis der fischereilichen Eignung erforderlich. Dazu hat die Landesregierung Kurse anzubieten, die online abgehalten werden können. Diese Prüfung für die fischereiliche Eignung hat die Teilbereiche Wassertiere, Gewässerökologie, waidgerechte Fischerei, Fanggeräte, das Fischereigesetz, den Umgang mit Wassertieren und die Verwertung der Wassertiere zu enthalten.

Für die Gültigkeit der Jahresfischereikarte ist jährlich eine Fischereikartenabgabe zu entrichten, so wie dies schon bislang bei der Jagdkarte der Fall war.

Die Landesregierung hat auch weiterhin Schonzeiten und Brittelmaße mittels Verordnung vorzuschreiben. Die fischereilichen Verbote wurden um einige Fangmethoden erweitert. So ist zB das Fischen mittels Stechen, Anreißen, Prellen und Keulen ebenso verboten wie mit Luftfahrzeugen.

Neu eingeführt wird ein Landesfischereiberat, der aus den Fischereireviervertretern gebildet wird.

Besonderer Teil:

Zu § 1 Ziele

Ziel des Gesetzes ist neben dem Schutz von gefährdeten Wassertieren auch die nachhaltige und ordnungsgemäße Nutzung der Fischwässer. Insbesondere soll damit dem Gedanken Rechnung getragen werden, dass die Fischerei im Einklang mit dem Lebensraum der Wassertiere steht, der Tierschutz auch in erforderlichem Ausmaß umgesetzt wird, aber auch den Bemühungen der Fischereiberechtigten Rechnung getragen wird. Die Zumutbarkeit in Z 3 richtet sich auf die Erhaltung, Wiederherstellung und Schaffung eines im Gesetz genannten Bestandes und Lebensraum.

Zu § 2 Geltungsbereich

Diese Bestimmung regelt den sachlichen Geltungsbereich. Die Ausnahme für die landwirtschaftliche Produktion gründet darauf, dass diesbezügliche Regelungen unter anderem in der 1 Tierhaltungsverordnung, BGBl. II Nr. 485/2004 geregelt sind und daher eine Zuständigkeit schon kompetenzrechtlich nicht möglich ist.

Zu § 3 Begriffsbestimmungen

Definitionen dienen dazu Klarstellungen zu treffen, um es den Rechtsanwendern zu erleichtern. Zentraler Begriff des Fischereigesetzes ist natürlich die Fischerei. Klargestellt wird mit der Definition, dass nicht nur

der Fang der in Abs. 1 angeführten Wassertiere zur Fischerei gehören, sondern auch die Hege, die Aneignung und die Zucht. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund bedeutsam, dass die Hege und der Fang nachhaltig und im Rahmen der Gesetze ausgeführt werden muss. Mit der Definition der Fischwässer in Abs. 3 wird klargestellt, dass auch Angelteiche beinhaltet sind und dieses Gesetz großteils auch auf Angelteiche anzuwenden ist. Die Definition von Altarmen und Ausständen ist insbesondere vor dem Hintergrund der ständigen Veränderung von Fluss- oder Bachläufen und der damit verbundenen Revierbildung und Revierabgrenzung von Bedeutung, damit festgelegt werden kann, welche Flussteile zu einem Revier gehören. Bei der Definition von Schonzeiten wird auf das absichtliche Fangen abgestellt, da bei der Fischerei natürlich nicht verhindert werden kann, dass auch Wassertiere gefangen werden, die noch zu schonen sind, während andere Wassertiere mehr keine Schonzeit genießen. Die konkrete Schonzeit- und Brittelmaßeinteilung erfolgt in einer Verordnung der Landesregierung. Fischereirechte können nicht nur einzelnen Personen zustehen, sondern auch Personenmehrheiten oder juristische Personen, daher können auch diese Personen als Fischereiberechtigte geführt werden. Fischereiausübungsberechtigte Personen sind davon zu unterscheiden. Diese sind Inhaberinnen oder Inhaber von Fischereirechten meist auf Grund eines Pachtvertrages, die klassischen Fischereivereine usw. Als Lizenznehmer werden jene Personen bezeichnet, die sich an einem Fischwässer vom Fischereiausübungsberechtigten oder von einem Fischereiberechtigten eine Lizenz zum Fischen erwerben, sonst aber keine Rechte und Pflichten am Fischwasser haben. Der Umfang der Berechtigung dabei richtet sich dabei nach der privatrechtlichen Vereinbarung. Lizenznehmer müssen über eine gültige Fischereikarte verfügen.

Zu § 4 Fischereirecht

Im Gegensatz zum Jagdrecht ist das Fischereirecht nicht untrennbar mit Grund und Boden verbunden und kann daher auch veräußert werden. Es ist ein selbstständiges dingliches Recht, wenn es abgesondert vom Eigentum in Erscheinung tritt (OGH 31.10.1968). Ist dieses dingliche Recht mit dem Eigentum an einer Liegenschaft verbunden, dann ist es als Grunddienstbarkeit zu behandeln, andernfalls ist es ein unregelmäßiges, jedoch vererbliches und veräußerliches Servitut. (VwGH 18.11.1992, 92/03/0227, 8.9.1998) Die Regelungen dazu enthält das Zivilrecht, Streitigkeiten daraus sind vor den ordentlichen Gerichten abzuhandeln. Der Nachweis, wem ein Fischereirecht an einem natürlichen oder künstlichen Gerinne zusteht, obliegt der- oder demjenigen, der das Recht für sich beansprucht. Kann der Nachweis nicht erfolgen, steht das Fischereirecht dem Land Burgenland zu.

Zu § 5 Fischereireviere

Die Einteilung der Fischwässer hat grundsätzlich von Amtswegen nach den Kriterien des Abs. 4 zu erfolgen. Die Erforderlichkeit der Einteilung in Reviere ergibt sich daraus, dass Fischereirechte an Gerinnen nicht durchgehend, sondern abgegrenzt, sind. Somit kann eine Einteilung der Fischzuchtbetriebe und Angelteiche unterbleiben.

Zu § 6 Eigenreviere

Einen wesentlichen Teil in der Fischerei an öffentlichen Gewässern nehmen die Eigenreviere ein. Diese können auf Antrag auch weiterhin gebildet werden, wenn der Antrag die genannten Punkte des Abs. 2 enthält. Ein Nachweis über das Fischereirecht ist dazu unumgänglich. Von Amts wegen kann eine Änderung insbesondere dann erforderlich sein, wenn Fischereireviere nicht mehr verpachtet werden können. Bei einer Neueinteilung ist die Behörde an § 5 Abs. 4 und an die Ziele des § 1 gebunden.

Zu § 7 Pachtreviere

Maßgeblich für die Reviereinteilung sind die Voraussetzungen des § 5 Abs. 4. Vor allem auf Grund der sich ständig ändernden Umwelteinflüsse wird die Änderung der Reviere in Zukunft eine große Rolle spielen.

Zu § 8 Verpachtung von Fischereirevieren

Das Verbot, dass Fischereireviere nicht der freien Fischerei überlassen werden dürfen, hat vor allem den Hintergrund, dass eine Pflege im Sinne des § 1 gewährleistet ist. Dies ist allenfalls durch einen Fischereibewirtschafter sicherzustellen. Das vorzulegende Fischereikonzept hat den Zweck, dass Pachtungen nicht aus Jux und Tollerei erfolgen, sondern dass sich Pächterinnen und Pächter mit dem Revier auseinandersetzen und diesen Personen auch die Verantwortung bewusst wird, die sie mit der Pacht eines Revieres eingehen. Inhaltlich wird dieses Konzept nicht nur auf den Besitz einzugehen haben, sondern auch auf die konkrete Bewirtschaftung. Die Festlegung einer Pachtdauer von 10 Jahren soll gewährleisten, dass sowohl die Pächterinnen und Pächter als auch die Verpächterinnen und Verpächter Rechtssicherheit haben und Investitionen ins Revier planbar werden. Die verantwortliche Person, die der Behörde gegenüber bekannt zu geben ist, muss nicht unbedingt das zur Vertretung einer juristischen Person befugte Organ sein. Somit kann bei Vereinen auch eine andere Person genannt werden und muss nicht unbedingt der Obmann auch diese Funktion wahrnehmen.

Zu § 9 Versteigerungen

Um eine faire und transparente Versteigerung sicherzustellen, ist es unumgänglich, dass Versteigerungsbedingungen festgelegt werden. Daher ist auch die Kundmachung im Amtsblatt erforderlich.

Zu § 10 Freie Vergabe

Besonders im Bereich der Jagd hat es sich bewährt, dass Jagdreviere auch im Rahmen der freien Vergabe vergeben werden können. Daher wird nunmehr auch in der Fischerei diese Möglichkeit geschaffen. Verpächterinnen und Verpächter haben dadurch die Möglichkeit, die Zusammenarbeit mit jenen Pächtern fortzusetzen, die sich schon bislang bewährt hat. Das erhöhte Konsensquorum innerhalb der Verpächterseite wird damit begründet, dass es vor solchen Beschlüssen eine intensive Diskussion gibt und derartige Vergaben auf einer breiten Mehrheit aufbauen können.

Zu § 11 Aufhebung und Erlöschen von Verpachtungen

Die Genehmigung der Pachtverträge hat mit Bescheid zu erfolgen. Neben der Einhaltung des 2/3 Beschlusses bei der freien Vergabe ist bei Pachtverträgen, die auf Grund einer Versteigerung zu Stande gekommen sind, auch die Einhaltung der Versteigerungsbedingungen zu prüfen.

Zu § 12 Angelteiche

Um Eingriffe ins Privateigentum und in abgrenzbare Fischwässer, wie sie bei Angelteichen gegeben sind, zu vermeiden, gelten für die Verpachtung von Angelteichen andere Vorschriften als für Fischereireviere. Die Anzeigepflicht der Pachtverträge ist erforderlich, damit gewährleistet wird, dass nun pachtfähige Personen pachten und damit eine Eintragung in den Fischereikataster erfolgen kann und somit auch Ansprechpartner im Bedarfsfall zur Verfügung stehen.

Zu § 13 Fischereigebiete

Da an natürlichen und künstlichen Gerinnen der Lebensraum der Wassertiere nicht an Reviergrenzen endet, ist es zweckmäßig, Fischereigebiete einzuteilen und über diese Fischereigebiete eine Vertretung der Fischereiberechtigten zu schaffen. Um hier auch den Fischereiberechtigten von Angelteichen die Möglichkeit der gemeinsamen Interessensvertretung zu geben, haben diese freiwillig die Möglichkeit, sich dem naheliegendsten bzw jenem Gebiet, mit dem ein wasserfachlicher Zusammenhang besteht, anzuschließen.

Zu § 14 Fischereikataster

Ein digital geführter Kataster, der den Anforderungen einer modernen Verwaltung gerecht wird, soll die Arbeit der Behörde erleichtern und die Fischerei insgesamt transparent machen. Die Datenbank soll auf Grundlage der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen basieren.

Zu § 15 Fischereigebietsvertretung

Zur Vertretung der Interessen der Fischereiberechtigten, sind alle 5 Jahre Vertreter zu wählen. Die Zustimmungserklärung der Kandidaten ist erforderlich, um zu verhindern, dass Personen ohne ihr Wissen genannt zu werden. Die Organisation durch die Bezirksverwaltungsbehörde soll gewährleisten, dass die Vertretungen regelmäßig gewählt werden und durch die offizielle Wahl auch ein Vertrauensverhältnis zwischen der Vertretung und der Behörde aufgebaut wird.

Zu § 16 Ordnungsgemäße Bewirtschaftung

Nur eine ordnungsgemäße und waidgerechte Fischereiausübung kann gewährleisten, dass die Fischerei nachhaltig ausgeübt wird. Insbesondere kommt dabei auch der Hege eine besondere Bedeutung zu. Abs. 1 bringt dabei zum Ausdruck, dass nicht an allen Gewässern die Fischerei gleich ausgeübt werden kann und dass die Fischereiausübungsberechtigten dies auch zu berücksichtigen haben. Da die Erhaltung eines nach Art, Altersstruktur und Bestandsdichte der Beschaffenheit des Fischwassers entsprechenden Wassertierbestandes nicht nur vom Verhalten des Fischereiausübungsberechtigten abhängig ist, soll dies von den Fischereiausübungsberechtigten im Rahmen ihrer objektiven Möglichkeiten erfolgen. Insbesondere Umstände, die vom Fischereiausübungsberechtigten nicht beeinflussbar sind, wie geschützte Fischräuber oder der Gewässerzustand, können den Fischereiausübungsberechtigten nicht zur Last gelegt werden. Die Vorschreibung von Bewirtschaftungsbeschränkungen kann insbesondere bei Tierseuchen, Umwelteinflüssen oder Veränderungen des Gewässerzustandes erforderlich werden. Dabei muss aber die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben und ist auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken.

Zu § 17 Besatz

Mit der Anzeigepflicht sollen Besatzmaßnahmen für die Behörde nachvollziehbar werden und soll auch bei Auftreten von Tierseuchen eine Rückverfolgung ermöglicht werden. Die Bekanntgabe des Besatztermins dient auch dazu, dass die Behörde das Aussetzen überprüfen kann. Die Menge ist deshalb bekannt zu geben, da eine zu große Anzahl von ausgesetzten Wassertieren jedenfalls auch Auswirkungen auf bereits vor-

handene Wassertiere haben kann. Allenfalls hat der Fischereiausübungsberechtigte Unterlagen über die Seuchenfreiheit vorzulegen. Da das Aussetzen von Wassertieren, die nicht in der Verordnung genannt sind und daher auch im Burgenland nicht in großem Umfang vorkommen, erhebliche Auswirkungen auf die Vielfalt und den Artenreichtum in heimischen Gewässern haben kann, ist hier eine Genehmigung der Landesregierung erforderlich. Auch eine landesweit einheitliche Vorgangsweise soll damit gewährleistet werden. Derartige Anträge sind aber näher zu begründen, warum gerade solche Wassertiere ausgesetzt werden sollen. Das Beschwerderecht der anerkannten Naturschutzorganisationen gründet sich auf Art. 9 der Aarhus Konvention. Invasive, gebietsfremde Arten dürfen keinesfalls ausgesetzt werden.

Zu § 18 Fischereischutz

Mit dem verpflichtenden Fischereischutz soll nicht nur die die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch die Fischereiausübungsberechtigten und Lizenznehmerinnen und Lizenznehmer gewährleistet werden, sondern es soll auch die Fischerei generell vor Eingriffen nicht Berechtigter bewahrt werden. Kriterien für die Eignung werden in § 17 festgelegt. Zu § 19 Bestellung und Widerruf von Fischereischutzorganen

Zu § 19 Fischereischutz

Fischereischutzorgane sind Organe der Behörde. Die Bestellung auf Zeit soll gewährleisten, dass die Eignung auch in regelmäßigen Abständen überprüft werden kann. Das Kriterium der Österreichischen Staatsbürgerschaft ist insbesondere für die rechtliche Stellung als Organ der Behörde von Bedeutung. Fischereischutzorgane nehmen Aufgaben der hoheitlichen Landesverwaltung wahr. Fischereiausübungsberechtigte können den Fischereischutz bei Vorliegen aller Voraussetzungen auch selbst wahrnehmen. Fischereischutzorgane müssen ständig im Besitz einer gültigen Burgenländischen Fischereikarte sein. Nur bei Vorliegen der geistigen und körperlichen Eignung ist auch gewährleistet, dass der Fischereischutz in vollem Umfang wahrgenommen werden. Bei der Bestellung ist auch zu prüfen, dass der Fischereischutz regelmäßig und ausreichend wahrgenommen werden kann. Dabei sind insbesondere die persönlichen Verhältnisse (zB Entfernung vom Wohnort zum Revier oder eine Berufstätigkeit im Ausland maßgeblich).

Zu § 20 Rechtsstellung und Befugnisse der Fischereischutzorgane

Absatz 1 enthält eine Aufzählung von Befugnissen der Fischereischutzorgane, wobei sich die Befugnisse je nach Verdachtslage unterschiedlich gestalten. Der dringende Verdacht gemäß Abs. 1 Z 2 muss für das Fischereischutzorgan soweit begründet sein, dass das Vorgehen auch nach objektiven Kriterien gerechtfertigt ist. Die Mitwirkungspflicht des Abs. 4 soll eine rasche und friktionsfreie Amtshandlung gewährleisten. Das Betreten von Ufergrundstücken und Teichanlagen durch Fischereischutzorgane hat unter Schonung der Substanz zu erfolgen, sodass Beschädigungen ausgeschlossen verhindert werden können.

Zu § 21 Inanspruchnahme von fremden Grundstücken

Damit die Fischereiausübungsberechtigten und Fischereiberechtigten ihre Aufgaben wahrnehmen können, wird ihnen dazu ein Legalservitut zum Betreten und Benützen von Grundstücken im unbedingt erforderlichen Ausmaß eingeräumt. Vorausgesetzt wird dabei aber, dass die Tätigkeit sonst nicht oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand möglich wäre. Es ist jedenfalls das gelindeste Ausmaß der Benützung zu wählen. Dabei sind Faktoren wie zB außerordentlich hohe Kosten oder eine wesentliche Erhöhung des Arbeitsaufwandes zu berücksichtigen. Das Recht kommt auch den Fischereiberechtigten zu. Abs. 3 soll sicherstellen, dass der Eigentümer oder Besitzer des Grundstückes durch die Inanspruchnahme nicht zusätzliche Vorkehrungen treffen muss. Das Befahren von fremden Grundstücken ist soll nur dann möglich sein, wenn es unbedingt erforderlich ist, so zB beim Aussetzen. Wird ein Antrag gemäß Abs. 4 gestellt, so hat die Behörde eine Abwägung der Interessen unter Prüfung der Verhältnismäßigkeit vorzunehmen. Insbesondere wird dabei auch auf die Zumutbarkeit einzugehen sein. Unter dauerhaft umfriedeten Anlagen werden jene Umfriedungen verstanden, die fest mit dem Boden verbunden sind und nicht jederzeit entfernt werden können. Weidezäune oder Wildschutzzäune die jederzeit ohne größeren Aufwand entfernt werden können, fallen nicht darunter.

Zu § 22 Fischfolge

Vor allem im Falle von Hochwasserereignissen ist es immer wieder erforderlich, dass der Fischfang auch in angrenzenden Grundstücken ausgeübt wird. Diese müssen nicht unmittelbar angrenzen. Die Befugnis erstreckt sich auf die überfluteten Grundstücke. Die Rückkehr der Wassertiere in das Fischwasser darf auch nicht aktiv verhindert werden.

Zu § 23 Schutz des Fischbestandes

Bei Anlagen der Wasser- oder Energiewirtschaft kann es immer wieder zur Beeinträchtigung oder Gefährdung des Wassertierbestandes kommen. Um dabei Schäden zu verhindern, ist ein Vorgehen gemäß

Abs. 1 erforderlich. Unter rechtzeitiger Verständigung wird verstanden, dass der Fischereiausübungsberechtigte die erforderlichen Maßnahmen organisieren kann.

Zu § 24 Schutz der Wassertiere vor wildlebenden Tieren

Auch Fischbestände sind zu schützen, da auch immer mehr Fischarten in ihrem Bestand gefährdet sind. Daher wird mit vorliegender Bestimmung versucht ein Instrument zu schaffen, das auch für die Wassertiere einen gewissen Schutz im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten bietet. Für die Vertreibung bzw Vergrämung ist es erforderlich, dass es keine andere zufriedenstellende Lösung gibt und es zur Abwendung erheblicher Schäden erforderlich ist. Die Zulässigkeit von über das Vergrämen hinausgehenden, notwendigen Abwehrmaßnahmen in Form von Tötungen dieser wildlebenden Tiere bestimmt sich nach den jagdrechtlichen bzw naturschutzrechtlichen Bestimmungen. Da durch das Vergrämen von wildlebenden Tieren, die in den Anhängen zur Richtlinie 92/43/EWG (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) genannt sind, sowie von Vögeln auch unionsrechtliche Belange berührt werden, sind die einschlägigen Richtlinien in diesem Gesetz entsprechend zu berücksichtigen und umzusetzen.

Zu § 25 Fischereikarte

Die Fischerei ausüben, dürfen im Burgenland nur jene Personen, die im Besitz einer gültigen Jahresfischereikarte oder Fischereigastkarte sind. Diese Fischereikarte ist die öffentlich rechtliche Befugnis zur Ausübung der Fischerei. Ohne diese Befugnis darf die Fischerei nicht ausgeübt werden und stellt auch einen Tatbestand gemäß § 36 dar. Das Erfordernis des Lichtbildausweises bei einer Fischereigastkarte gründet darauf, dass diese unbürokratisch ausgehändigt werden kann.

Zu § 26 Jahresfischereikarte

Die Jahresfischereikarte hat eine Gültigkeit von einem Jahr wobei die Abgabe vor dem ersten Ausüben der Fischerei, spätestens aber bis zum 1. März jeden Jahres einbezahlt werden muss, um die Gültigkeit beizubehalten. Wird nicht bis zum 1. März einbezahlt, ist eine neue Jahresfischereikarte zu lösen. Für jene, die nicht rechtzeitig die Jahresfischereikarte lösen und sich danach eine neue Jahreskarte lösen, reicht als Voraussetzung für den Erhalt der Jahresfischereikarte der Vorweis der ungültig gewordenen Fischereikarte. Da die Burgenländische Fischereikarte bislang alle drei Jahre zu lösen war, ist auch eine entsprechende Übergangsbestimmung zu schaffen.

Zu § 27 Fischereigastkarte

An Personen, die die Fischerei nicht ständig im Burgenland ausüben wollen, aber im Besitz einer gleichwertigen Fischereikarte eines anderen Bundeslandes oder eines Mitgliedstaates der Europäischen Union sind, kann eine Fischereigastkarte ausgegeben werden, damit diese die Fischerei im Burgenland ausüben können. Die Ausgabe an den Fischereigast und die Prüfung der Voraussetzungen obliegt der oder dem Fischereiausübungsberechtigten, diese oder dieser hat die Voraussetzungen zu prüfen und die Aufzeichnungen gemäß Abs. 2 zu führen. Von den Fischereiausübungsberechtigten können beliebig viele Fischereigastkarten ausgestellt werden, eine Refundierung des Betrages für allenfalls zu viel erworbene Fischereigastkarten erfolgt nicht.

Zu § 28 Verhinderungs- und Entziehungsgründe

Die Verhinderungs- oder Entziehungsgründe sollen sich nach der Schwere der begangenen Tat richten. Mit Z 2 soll dem Schutz des Eigentums Rechnung getragen werden. Mit dem Tatbestand von Z 3 bringt das Fischereigesetz auch den Tierschutzgedanken zum Ausdruck. Wer im Umgang mit Tieren diesen als Lebewesen nicht den gebotenen Respekt entgegenbringt, der oder dem soll auch bei der Ausübung der Fischerei und dem damit verbundenen Umgang mit Lebewesen ein Riegel vorgeschoben werden.

Zu § 29 Fischereiliche Eignung

Bislang war im Burgenland im Gegensatz zu anderen Bundesländern der Erhalt der Jahresfischereikarte ohne Ablegung einer Prüfung möglich. Damit allerdings auch im Burgenland die angehenden Fischerinnen und Fischer Kenntnisse im Umgang mit den Wassertieren erlangen, wird auch im Burgenland die fischereiliche Eignung als Voraussetzung für die Befähigung zur Ausübung der Fischerei eingeführt.

Zu § 30 Prüfung über fischereiliche Eignung

Einen wesentlichen Teil der Vorbereitungskurse und Prüfungen sollen die Wassertiere einnehmen. Denn der schonende Umgang mit Lebewesen ist Grundvoraussetzung für die Fischerei. Nähere Ausführungen dazu kann die Landesregierung mit Verordnung erlassen. Die Prüfung für Fischereischutzorgane ist insbesondere für deren eigen Schutz von Bedeutung. Denn bei der Ausübung des Fischereischutzes sollen diese als Organe der Behörde in ihren Taten gefestigt sein und jederzeit wissen, was sie tun müssen und dürfen.

Zu § 31 Fischereikartenabgabe

In Anlehnung an das Jagdrecht wird auch im Fischereigesetz nunmehr die Fischereiabgabe geregelt.

Zu § 32 Schonzeiten

Um die Bestände nicht weiter zu gefährden und dem Tierschutz gerecht zu werden, ist auch den Wassertieren eine Ruhezeit zu gewähren. Diese Ruhezeiten sind von der Landesregierung mittels Verordnung festzulegen. Diese Ruhezeiten haben sich insbesondere an den Laichperioden zu orientieren. Ausnahmen davon sind möglich, wenn dies begründet ist. Anträge dazu sind bei der Bezirksverwaltungsbehörde zu stellen. Als schwere Verletzung im Sinne des Abs. 2 sind jene Verletzungen zu qualifizieren, die dem Tier erhebliche Qualen zufügen oder wen ein Überleben des Tieres nicht möglich erscheint.

Zu § 33 Fischereiliche Verbote und waidgerechte Fischereiausübung

Die Verbote gründen sich darauf, dass diese Fangmethoden nicht waidgerecht sind bzw. auch Wassertiere beeinträchtigt bzw. getötet werden können, deren Fang in dieser Form und in dem Ausmaß nicht beabsichtigt ist. Zudem ist bei einigen dieser Fangmethoden auch damit zu rechnen, dass der Lebensraum der Wassertiere beeinträchtigt bzw. geschädigt wird. Sollten derartige Fangmethoden jedoch erforderlich sein, sind Ausnahmen möglich. Die Behörde hat diese bescheidmäßig und befristet zu ermöglichen, dies zu Forschungszwecken, Bestandskontrolle oder Bestandsstützung erforderlich ist.

Zu § 34 Behörden und Verfahren

Sofern im Gesetz nichts anderes bestimmt ist, ist die Bezirksverwaltungsbehörde für die Vollziehung des Gesetzes zuständig. Mit den Abs. 2 bis 4 wird dem Begehren nach mehr Umweltinformationen Rechnung getragen. Mit der Einrichtung eines elektronischen Informationssystems gemäß § 52c NG 1990 wird sichergestellt, dass alle in Betracht kommenden Umweltorganisationen, die auf Grund des UVP-Gesetzes 2000 anerkannt sind, die Möglichkeit haben, Einsicht in die Unterlagen zu erhalten und allenfalls gegen Bescheide mittels Beschwerde an das unabhängige Landesverwaltungsgericht heranzutreten.

Zu § 35 Mitwirkung von Organen

Die Mitwirkung der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes erweist sich immer wieder als hilfreich, zumal einerseits Anzeigen betreffend Verstößen sehr oft bei der Polizei einlangen, andererseits auch bei Verbrechen und Vergehen nach den strafgesetzlichen Bestimmungen die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes mit Ermittlungen seitens der Staatsanwaltschaft betraut werden.

Zu § 36 Landesfischereibeirat

Da im Gegensatz zu den jagdgesetzlichen Bestimmungen keine Landes- bzw Bezirksorgane (Landesjägermeisterin oder Landesjägermeister, Bezirksjägermeisterin oder Bezirksjägermeister) gesetzlich eingerichtet sind, sieht der Gesetzgeber nun die Einrichtung eines Landesfischereibeirates vor, der sich gemäß den Bestimmungen des 13 zusammensetzt. Daher ist die Mitgliedschaft im Landesfischereibeirat partial, dh es kommt wie im Bundesrat zu einer Partialerneuerung.

Zu § 37 Strafbestimmungen

Zu§ 36 enthält Strafbestimmungen, die eine Sanktionierung von Verstößen gewährleisten sollen. Zusätzlich dazu ist noch die Maßnahme des Entzugs der Fischereikarte gemäß § 26 möglich. Die Höhe der Strafe hat sich nach der Schwere der Verwaltungsübertretung zu richten.

Zu § 38 Übergangsbestimmungen

Um bereits erworbene Rechte wahren zu können, sind zahlreiche Übergangsbestimmungen erforderlich. Insbesondere soll durch diese auch gewährleistet werden, dass Fischereischutzorgane auch weiterhin ihre Tätigkeit ausüben und Besitzer von Burgenländischen Fischereikarten diese auch weiterhin benutzen können.

Zu § 39 Inkrafttreten

Regelt das Inkrafttreten des neuen Gesetzes und das Außerkrafttreten des Fischereigesetzes 1949.